VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

verbraucherzentrale Bundesverband

Ausgabe 6 | 6. bis 19. März 2017

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union für Freihandelsabkommen

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union begrüßten am 9. März 2017 die unmittelbar bevorstehende vorläufige Anwendung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen der Europäischen Union (EU) und Kanada als Signal gegen protektionistische Tendenzen. Die EU setze sich nach wie vor entschieden für eine robuste Handelspolitik und ein offenes und regelbasiertes multilaterales Handelssystem ein. Die EU werde weiterhin aktiv mit internationalen Handelspartnern zusammenarbeiten. „Hierzu gehört, dass mit Entschlossenheit Fortschritte bei allen laufenden Verhandlungen im Hinblick auf ambitionierte und ausgewogene Freihandelsabkommen, unter anderem mit dem Mercosur und mit Mexiko, erzielt werde“, so die Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

Die Verhandlungen mit Japan seien einem baldigen Abschluss am nächsten. Die Handelsbeziehungen mit China sollten verstärkt werden. Die EU werde besonders auf die Einhaltung und die Förderung wesentlicher Standards sowie des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung achten.

http://www.consilium.europa.eu/press-releases-pdf/2017/3/47244656055_de.pdf

Impressum

Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.

Markgrafenstraße 66

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter nehmen wir gerne entgegen.

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Europäisches Parlament fordert strengeres Abfallrecht

Das Europäische Parlament legte am 14. März 2017 seinen Standpunkt zu vier Legislativvorschlägen zur Kreislaufwirtschaft fest. Dies ist die Grundlage für Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat über das sogenannte Abfallpaket. Der EU-Ministerrat hat seinen Standpunkt noch nicht festgelegt.

Zentraler Gegenstand ist die Entsorgung von Abfällen von Haushalten und Kleinunternehmen, die rund 8 Prozent des Gesamtabfallaufkommens in der Europäischen Union ausmachen. Bis 2030 soll die Vorbereitung zur Wiederverwendung und das Recycling von Siedlungsabfällen (von Haushalten und Kleinunternehmen) auf mindestens 70 Gewichtsprozent der erzeugten Siedlungsabfälle pro Person erhöht werden. Die EU-Kommission hatte 65 Prozent vorgeschlagen. Für Verpackungsmaterial wie Papier und Pappe, Plastik, Glas, Metall und Holz schlagen die Abgeordneten ein Recyclingziel von 80 Prozent bis 2030 vor, mit Zwischenzielen für 2025 für jedes Material. Die Lebensmittelabfälle sollen gegenüber dem Stand von 2014 um 30 Prozent bis 2025 und um 50 Prozent bis 2030 verringert werden.

http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20170308IPR65671/abfallrecht-mehr-recycling-weniger-deponierung-und-lebensmittelverschwendung

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0069+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE (Richtlinie über Elektroabfälle)

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0070+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE (Richtlinie über Abfälle)

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0071+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE (Richtlinie über Abfalldeponien)

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0072+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE (Richtlinie über Verpackungsabfälle)

2. Europäisches Parlament lehnt deutsche Straßenmaut ab

Das Europäische Parlament verabschiedete am 15. März 2017 eine nichtbindende Entschließung „zur Billigung des überarbeiteten Plans Deutschlands, eine Straßenmaut einzuführen“. Das Parlament fordert darin die Kommission auf, unter anderem die Vereinbarung mit der deutschen Regierung vorzulegen und zu begründen, weshalb die Vereinbarung mit den Bestimmungen der EU-

Verträge und mit dem EU-Recht vereinbar ist. Die Entschließung wurde mit 510 Stimmen angenommen, bei 126 Gegenstimmen und 55 Enthaltungen. Die Europaabgeordneten sehen in der vorgesehenen Mautregelung eine Diskriminierung ausländischer Autofahrer, da deutsche Fahrer die Maut von der Kfz-Steuer abziehen könnten, ausländische Fahrer hingegen nicht.

„Jedes nationale System für die Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren, bei dem eine direkte Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit vorliegt, oder das mit nationalen steuerlichen Maßnahmen zugunsten der eigenen Staatsbürger kombiniert wird, zum Beispiel in Form eines Abzugs von der nationalen Kraftfahrzeugsteuer, stellt einen Verstoß gegen den in Artikel 18 (Vertrag über die Arbeitsweise der EU) verankerten Grundsatz der Nichtdiskriminierung dar“, unterstreichen die Abgeordneten.

http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20170308IPR65680/deutsche-pkw-maut-versto%C3%9F-gegen-eu-vorschriften-%C3%BCber-die-nicht-diskriminierung

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0084+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Europäische Zentralbank bekräftigt Niedrigzinspolitik

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 9. März 2017 den Leitzins bei null belassen. Banken erhalten weiterhin Zentralbankgeld („Liquidität“) zum Nulltarif. Um die Kreditvergabe an Verbraucher und Unternehmen anzukurbeln, werden Guthaben der Banken bei der EZB weiterhin mit einem Strafzins von 0,40 Prozent belegt. Die EZB setzt auch mindestens bis Ende 2017 den Erwerb von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren fort. Hierdurch werden die Zinsen für langlaufende Anleihen gedrückt. Der Nettoerwerb von derartigen Papieren soll ab April 2017 bis Ende Dezember 2017 „oder erforderlichenfalls darüber hinaus“ im Umfang von monatlich 60 Milliarden Euro erfolgen und in jedem Fall so lange, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt. Der EZB-Rat ist bereit, das Programm notfalls auszuweiten.

Ziel der EZB ist eine Inflation („harmonisierter Verbraucherpreisindex“) von unter aber nahe 2 Prozent. Dieser Wert ist im Februar 2017 im Eurogebiet erreicht worden. EZB-Präsident Mario Draghi, geht auch davon aus, dass die Inflation im Eurogebiet in den nächsten Monaten in der Nähe von 2 Prozent verbleibt, vor allem wegen höherer Energiepreise. Nach den Berechnungen der Experten der EZB werde sich die Inflation 2017 aber im Jahresdurchschnitt auf 1,7 Prozent, 2018 auf 1,6 Prozent und 2019 auf 1,7 Prozent belaufen. Damit zeichnet sich eine Fortsetzung der Niedrigzinspolitik in den nächsten zwei Jahren ab.

https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB_Presse-mitteilungen/2017/2017_03_09_beschluesse.pdf?__blob=publicationFile

2. Stärkung der Aktionärsrechte

Das Europäische Parlament billigte am 14. März 2017 den mit dem EU-Ministerrat informell gefundenen Kompromiss zur sogenannten Aktionärsrichtlinie. Nach dieser Richtlinie sollen Entscheidungen von EU-Unternehmen stärker auf langfristige Ziele ausgerichtet werden, indem die Aktionäre stärker eingebunden werden und über Gehälter und Boni von Managern abstimmen können. Der EU-Ministerrat muss noch förmlich zustimmen. Ab Inkrafttreten müssen die Mitgliedstaaten die Richtlinie innerhalb von 24 Monaten umsetzen. Anzumerken ist, dass in Deutschland die Aktionäre über die Vergütungspolitik der Manager beschließen können, allerdings nur auf freiwilliger Basis.

http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20170308IPR65673/st%C3%A4rkung-der-aktion%C3%A4rsrechte-in-eu-unternehmen

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0067+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. Strengere Lebensmittelkontrollen vom Erzeuger bis zum Verbraucher

Das Europäische Parlament verabschiedete am 15. März 2017 die Verordnung über amtliche Kontrollen von Lebens- und Futtermitteln. Diese beinhaltet eine Verschärfung der Lebensmittelkontrollen in der gesamten Lebensmittelversorgungskette vom Erzeuger bis zum Verbraucher. Die neue Regelung zielt darauf ab, die Rückverfolgbarkeit der Lebensmittel zu verbessern, Betrug zu bekämpfen und das Vertrauen der Verbraucher in die Integrität der Lebensmittelkette wiederherzustellen. Hierzu gehören Kontrollen der EU-Kommission in EU-Mitgliedstaaten und in Drittstaaten sowie unangekündigte, risikobasierte Inspektionen in allen Bereichen.

„Nach dem Pferdefleisch-Skandal hatten die Verbraucher ernsthafte Bedenken zur Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln und die Integrität der Fleischversorgungskette. Das Europäische Parlament hat diese Sorgen ernstgenommen und ein Gesetz verabschiedet, das die zuständigen Behörden in die Lage versetzt, Betrug wirksam zu bekämpfen“, sagte die Berichterstatterin, die österreichische Sozialdemokratin Karin Kadenbach (S&D, AT).

Der EU-Ministerrat hat der Verordnung bereits zugestimmt, so dass sie umgehend in Kraft gesetzt werden kann.

http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20170308IPR65670/lebensmittelkontrollen-strengere-%C3%BCberwachung-vom-erzeuger-bis-zum-verbraucher

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0081+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20170310STO66150/vom-erzeuger-zum-verbraucher-strengere-lebensmittelkontrollen-in-der-eu

(Video Kadenbach)

2. Mehr Sicherheit bei Medizinprodukten

Der EU-Ministerrat hat am 7. März 2017 neue EU-Vorschriften angenommen, die die Sicherheit von Medizinprodukten und In-vitro-Diagnostika erhöhen sollen. Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika dienen der Diagnose, Vorbeugung, Behandlung und Linderung von Krankheiten. Sie umfassen ein breites Spektrum von Erzeugnissen – von Pflastern bis zu Hüftprothesen und Hörgeräten und von Schwangerschaftstests bis zu HIV-Tests.

Die neuen Vorschriften tragen den jüngsten technischen Entwicklungen Rechnung. So erfassen sie nunmehr auch bestimmte Produkte, die keinen spezifisch medizinischen Zweck erfüllen, wie beispielsweise farbige Kontaktlinsen. Auch die Erfahrungen mit unzulänglichen Metall-auf-Metall-Hüftprothesen und mangelhaften Silikonbrustimplantaten wurden berücksichtigt. Lebenswichtige Implantate müssen künftig systematisch von Medizinexperten geprüft werden.

Die neuen EU-Verordnungen sehen strengere Bestimmungen für die Stellen vor welche die Medizinprodukte bewerten, bevor sie in Verkehr gebracht werden dürfen. Mit Hilfe einer Kennnummer soll eine bessere Rückverfolgbarkeit der Medizinprodukte entlang der gesamten Lieferkette bis hin zum Endverbraucher ermöglicht werden. Hierdurch könnten bei Sicherheitsproblemen rasch wirksame Maßnahmen ergriffen werden. Eine zentrale Datenbank soll Patienten und Angehörigen der Gesundheitsberufe umfassende Informationen über die in der Europäischen Union verfügbaren Produkte verschaffen.

Das Europäische Parlament wird die beiden Verordnungen voraussichtlich im April 2017 verabschieden; anschließend werden sie im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Die neuen Vorschriften für Medizinprodukte werden drei Jahre nach ihrer Veröffentlichung zur Anwendung kommen, die für In-vitro-Diagnostika fünf Jahre nach ihrer Veröffentlichung.

http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/03/07-safer-medical-devices/

http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10728-2016-INIT/de/pdf (Medizinprodukte)

http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10729-2016-INIT/de/pdf (In-vitro-Diagnostika)

3. Verschärfte Bedingungen für Einsatz von Quecksilber

Das Europäische Parlament stimmte am 14. März 2017 dem Vorschlag für eine Verordnung zu Quecksilber zu. Die Verordnung sieht vor, die Herstellung sowie die Ein- und Ausfuhr von quecksilberhaltigen Produkten (zum Beispiel Batterien, Leuchtstofflampen, Akkumulatoren, Thermometer) mit wenigen Ausnahmen zu verbieten. Gleiches gilt für die Verwendung von Quecksilber in industriellen Verfahren und als Katalysator bei der Herstellung von Biodiesel.

Die Nutzung von Quecksilber in Dentalamalgam wird verschärft. Ab Januar 2019 darf Quecksilber in Dentalamalgam nur noch in verkapselter Form verwendet werden. Darüber hinaus wird die Verwendung in der Zahnbehandlung bei Milchzähnen, Kindern unter 15 Jahren sowie schwangeren oder stillenden Frauen ab 1. Juli 2018 bis auf wenige Ausnahmen verboten. Die Verwendung von Dentalamalgam soll möglichst bis 2030 schrittweise abgeschafft werden, hierzu sollen die Mitgliedstaaten nationale Aktionspläne ausarbeiten.

Die Verordnung bedarf noch der Zustimmung des EU-Ministerrats. Dies gilt als Formsache, da sich die Institutionen bereits informell geeinigt haben. Die Verordnung tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0066+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

4. EU-Chemikalienagentur stuft Glyphosat als nicht krebserregend ein

Der Ausschuss für Risikobeurteilung der EU-Chemikalienagentur (ECHA) kam am 15. März 2017 zu dem Schluss, dass die vorliegenden Nachweise nicht ausreichten, um das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat als krebserregend, mutagen oder fortpflanzungsgefährdend einzustufen.

„Glyphosat sollte nicht als krebserregend eingestuft werden“, betonte Jack de Bruijn, Leiter der Abteilung für Risikomanagement der ECHA, am 15. März 2017

auf einer Pressekonferenz. Man habe nicht feststellen können, dass der Unkrautvernichter genetische oder reproduktive Defekte auslöse – ein Ergebnis, das auf einer „umfassenden Bewertung aller zur Verfügung stehenden Informationen über diese Substanz“ beruhe.

Sobald das endgültige Gutachten der ECHA vorliegt, müssen die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten erneut über die Zulassung von Glyphosat entscheiden. Im Juli 2016 ist die Zulassung vorläufig um 18 Monate verlängert worden.

http://www.euractiv.de/section/gesundheit-und-verbraucherschutz/news/eu-chemieagentur-glyphosat-nicht-krebserregend/

https://echa.europa.eu/-/glyphosate-not-classified-as-a-carcinogen-by-echa

5. Lebensmittelsicherheit: einfachere Regeln für kleine Einzelhändler vorgeschlagen

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat am 2. März 2017 einen vereinfachten Ansatz zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit in kleinen Einzelhandelsgeschäften wie Lebensmittelläden, Metzgereien und Bäckereien vorgeschlagen. Der Ansatz umfasst Leitlinien zur Identifizierung der wichtigsten biologischen, chemischen und physikalischen Gefahren auf jeder Stufe der Lebensmittelerzeugung sowie der Tätigkeiten bzw. Praktiken, bei denen diese am ehesten auftreten, und geeigneter Maßnahmen zur Eindämmung der identifizierten Gefahren.

http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/170302

http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/pub/4697

6. Europäisches Parlament fordert besseren Schutz von Nutzkaninchen

Das Europäische Parlament forderte am 14. März 2017 in einer nichtbindenden Entschließung eine Verbesserung des Tierwohls und der Lebensbedingungen der Kaninchen, um die Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern und den Einsatz von Antibiotika zu verringern. Dazu zählten Haltungssysteme, die dem natürlichen Verhalten der Tiere entgegenkommen. Die Europaabgeordneten fordern aber auch eine Ausgewogenheit zwischen Tierwohl und finanzieller Situation der Züchter sowie der Bezahlbarkeit von Kaninchenfleisch. Die EU-Kommission wird aufgefordert, einen entsprechenden Gesetzesvorschlag zu unterbreiten.

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0077+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

7. Bio-Lachs aus Norwegen wieder auf dem europäischen Markt

Der Gemeinsame Ausschuss des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) stellte am 17. März 2017 fest, dass in Island und Norwegen die Voraussetzungen für die Anerkennung ökologischer/biologischer Erzeugnisse erfüllt sind. Damit können seit dem 18. März 2017 die Einfuhren etwa von norwegischem Bio-Lachs, der entsprechend den EU-Regeln erzeugt und zertifiziert wurde, wieder aufgenommen werden. Der EWR umfasst die EU-Mitgliedstaaten sowie die sogenannten EFTA-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen.

https://ec.europa.eu/germany/news/bio-lachs-aus-norwegen-wieder-auf-dem-eu-markt_de

8. Keine verbindliche Kennzeichnung alkoholischer Getränke

Die EU-Kommission hat am 13. März 2017 einen Bericht über die Kennzeichnung alkoholischer Getränke mit Zutatenverzeichnis und Nährwertdeklaration angenommen. Wie es in den Schlussfolgerungen des Berichts heißt, hat die Kommission beschlossen, die Produzenten alkoholischer Getränke aufzufordern, innerhalb eines Jahres im Rahmen der Selbstregulierung einen Vorschlag zu Zutateninformationen und Nährwertdeklarationen auf allen alkoholischen Getränken vorzulegen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-551_de.htm

https://ec.europa.eu/food/safety/labelling_nutrition/labelling_legislation/alcohol_en

(Link zu Bericht)

9. Konsultation zu gesundheitsbezogenen Angaben für Lebensmittel

Die EU-Kommission startete am 02.03.2017 eine breite Konsultation über die Revision der Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel. Die Konsultation endet am 1. Juni 2017.

http://ec.europa.eu/dgs/health_food-safety/dgs_consultations/food/consultation_20170302_nutrition-health-claims_en.htm

10. Neue Grenzwerte für Rückstände von Pflanzenschutzmitteln

Der EU-Ministerrat erhob am 6. März 2017 keine Einwände gegen den Entwurf von sechs Verordnungen der EU-Kommission hinsichtlich der Höchstgehalte an Rückständen von Pflanzenschutzmitteln auf Nahrungs- und Futtermitteln. Die EU-Kommission kann diese Verordnungen in Kraft setzen, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2017/03/06/

http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5073-2017-INIT/de/pdf

http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5441-2017-INIT/de/pdf

http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5455-2017-INIT/de/pdf

http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5396-2017-INIT/de/pdf

http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5617-2017-INIT/de/pdf

http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5613-2017-INIT/de/pdf

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. Social-Media-Unternehmen werden zur Einhaltung der EU-Verbraucherschutzbestimmungen aufgefordert

Die EU-Kommission erreichte am 16. März 2017 bei einem Treffen mit Facebook, Twitter und Google+, dass diese Unternehmen in spätestens vier Wochen mitteilen welche Maßnahmen sie gegen Betrug und gegen unfaire Nutzungsbedingungen in sozialen Medien vorhaben. Bei einer unzulänglichen Antwort sind rechtliche Maßnahmen möglich. Immer mehr Verbraucher beschwerten sich bei den Verbraucherschutzbehörden über Betrug, wie etwa Abofallen bei der Nutzung von sozialen Medien, sowie über Nutzungsbedingungen, die gegen das EU-Verbraucherrecht verstoßen. Die EU-Verbraucherschutzbehörden hatten im November 2016 unter Federführung der französischen Verbraucherschutzbehörde und mit Unterstützung der EU-Kommission Facebook, Twitter und Google+ in einem Schreiben aufgefordert, diese Probleme zu beheben.

„Angesichts der zunehmenden Bedeutung der sozialen Netzwerke im Internet muss nun dafür gesorgt werden, dass unsere strengen EU-Vorschriften, die die Verbraucher vor unlauteren Praktiken schützen sollen, auch in diesem Bereich eingehalten werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Verbraucher in der EU nur ein Gericht in Kalifornien anrufen können, um Streitigkeiten beizulegen. Außerdem können wir nicht akzeptieren, dass Nutzern das Recht vorenthalten wird, von einem Online-Einkauf zurückzutreten. Darüber hinaus müssen Social-Media-Unternehmen mehr Verantwortung bei der Bekämpfung betrügerischer Machenschaften auf ihren Plattformen übernehmen“, sagte Kommissarin Věra Jourová, EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung.

https://ec.europa.eu/germany/news/zahl-der-betrogenen-verbraucher-den-social-media-w%C3%A4chst-facebook-twitter-und-google-arbeiten_de

(Link zu gemeinsamer Position der Verbraucherschutzbehörden, englisch)

2. Weitergabe von Telefonnutzer-Daten an Unternehmen in anderen Mitgliedstaaten zulässig

Der Europäische Gerichtshof entschied am 15. März 2017, dass die Einwilligung eines Fernsprechteilnehmers in die Veröffentlichung seiner Daten auch die Nutzung dieser Daten in einem anderen Mitgliedstaat umfasst. Im Ausgangsfall hatten es die niederländischen Telefonanbieter Tele2, Ziggo und Vodafone abgelehnt, dem belgischen Unternehmen European Directory Assistance, das in Belgien Teilnehmerverzeichnisse und Teilnehmerauskunftsdienste anbietet, die Daten ihrer Abonnenten mitzuteilen.

http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2017-03/cp170031de.pdf

http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=188908&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1092777

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. EU-Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte intensiv genutzt

Am 16. März 2017 hat die EU-Kommission ihren jüngsten Bericht über das Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte vorgestellt. Im Jahr 2016 wurde das Schnellwarnsystem aktiver von den nationalen Behörden in Anspruch genommen. Die Zahl der vom Markt genommenen Produkte stieg ebenfalls an. Ein immer höherer Anteil der im Schnellwarnsystem gemeldeten gefährlichen Produkte wird allerdings über das Internet vertrieben. Deswegen arbeitet die Kommission intensiver mit Amazon, Ebay und Alibaba zusammen, um potentiell unsichere oder nicht normgerechte Produkte aus Internet-Seiten, von denen aus in die EU verkauft wird, zu entfernen.

2016 entfiel die größte Anzahl an Warnmeldungen auf Spielzeuge (26 Prozent), gefolgt von Kraftfahrzeugen sowie Bekleidungs-, Textil- und Modeartikeln (13 Prozent). Die meisten gemeldeten gefährlichen Produkte stammten aus Ländern außerhalb der EU. In 53 Prozent der Fälle (1069 Produkte) wurde China als Herkunftsland angegeben. In 488 Fällen (23 Prozent) kamen gefährliche Produkte aus Europa. 102 Meldungen (5 Prozent) betrafen Produkte aus den USA und 53 Meldungen (2,6 Prozent) Produkte aus der Türkei. In 158 Fällen (8 Prozent) ist die Herkunft unbekannt.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-602_de.htm

(Link zu Bericht)

2. Einschränkung des Handels mit Konfliktmineralien

Das Europäische Parlament hat am 16. März 2017 eine Verordnung gebilligt durch die sichergestellt werden soll, dass die von der europäischen Industrie verwendeten Mineralien Gold, Tantal, Wolfram und Zinn auf eine verantwortungsvolle Art und Weise beschafft werden und dass die Gewinne nicht in die Hände von Rebellengruppen fallen. Der EU-Ministerrat muss dieser Verordnung noch zustimmen.

Die EU-Kommission hatte im Juni 2016 einen Vorschlag für den strengeren Import von Gold, Tantal, Wolfram und Zinn vorgelegt. Diese Metalle und Mineralien werden bei der Herstellung von im Alltag verwendeten Produkten eingesetzt, beispielsweise bei Mobiltelefonen, Autos und Schmuck.

https://ec.europa.eu/germany/news/malmstr%C3%B6m-begr%C3%BC%C3%9Ft-parlamentsentscheidung-zur-einschr%C3%A4nkung-des-handels-mit-konfliktmineralien_de

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0090+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

3. Europäisches Waffenrecht wird verschärft

Das Europäische Parlament hat am 14. März 2017 eine Verschärfung der EU-Richtlinie über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen verabschiedet. Zu den Neuerungen gehören strengere Kontrollen von unscharfen und unzureichend deaktivierten Waffen wie denen, die bei den Pariser Anschlägen verwendet wurden. Hinzu kommt ein für die EU-Mitgliedstaaten verbindliches Überwachungssystem für die Ausstellung oder Verlängerung von Lizenzen und zum Informationsaustausch. Es werden auch strengere Kontrollen von bestimmten halbautomatischen Schusswaffen eingeführt, wenn sie mit Hochkapazitätsmagazinen ausgestattet sind. Für Sportschützen und Jäger in Deutschland ergeben sich jedoch keine wesentlichen Einschränkungen.

Die Richtlinie muss noch vom EU-Ministerrat förmlich verabschiedet werden.

http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20170308IPR65677/versch%C3%A4rftes-eu-waffenrecht-parlament-schlie%C3%9Ft-sicherheitsl%C3%BCcken

http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0068+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE

4. Kartellbußen gegen sechs Anbieter von Fahrzeugklimatisierungs- und Motorkühlsystemen

Die EU-Kommission hat die Unternehmen Behr aus Deutschland, Calsonic, Denso, Panasonic und Sanden aus Japan und Valeo aus Frankreich wegen

Beteiligung an einem oder mehreren Kartellen für die Lieferung von Klimatisierungs- und Motorkühlkomponenten an Autohersteller mit Geldbußen von insgesamt 155 Mio. Euro belegt. Die sechs Automobilzulieferer haben Preise abgesprochen oder Märkte aufgeteilt und sensible Informationen ausgetauscht.

https://ec.europa.eu/germany/news/kartellvergleich-kommission-verh%C3%A4ngt-geldbu%C3%9Fen-von-155-mio-euro-gegen-sechs-anbieter-von_de

TERMINVORSCHAU

Rat

Informelles Treffen der Gesundheitsminister (20. März 2017)

Fettleibigkeit bei Kindern; Strukturierte Zusammenarbeit zwischen Gesundheitssystemen; HIV/AIDS.

Ratsarbeitsgruppe „Technische Harmonisierung – Kraftfahrzeuge“ (20. März 2017)

Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen.

Rat Wirtschaft und Finanzen – Ecofin (21. März 2017)

Ermäßigter Mehrwertsteuersatz für Veröffentlichungen in elektronischer Form (Orientierungsaussprache); Stand der Umsetzung der Rechtsvorschriften im Bereich der Finanzdienstleistungen (Informationen der Kommission); Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen im Energiebereich; Registrierung der an Bord von Fahrgastschiffen im Verkehr nach oder von einem Hafen eines Mitgliedstaates der Gemeinschaft befindlichen Personen; Unterzeichnung und vorläufige Anwendung einer Vereinbarung zur Änderung des Abkommens zwischen den USA und der EG über die Zusammenarbeit bei der Regelung der Sicherheit der Zivilluftfahrt.

Ratsarbeitsgruppe „Gesundheitswesen“ (21. März 2017)

Einführung in die Nationale Allianz zur Unterstützung bei seltenen Krankheiten.

Ratsarbeitsgruppe „Geistiges Eigentum – Urheberrecht“ (21./22. März 2017)

Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (21. März 2017)

Binnenmarkt für Elektrizität.

Ratsarbeitsgruppe „Transatlantische Beziehungen“ (21.März 2017)

Handel EU-USA.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (22. März 2017)

Europäischer Kodex für elektronische Kommunikation.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (22. März 2017)

Verordnung für Energieeffizienzkennzeichnung (Ergebnisse des Trilogs); Sicherheit der Gasversorgung (Vorbereitung des Trilogs); Zugang von Sehbehinderten zu urheberrechtlich geschützten Werken (Konvention vom Marrakech); Änderung der Spielzeugrichtlinie hinsichtlich des Grenzwerts für Blei; Aufnahme von Verhandlungen im Rahmen der Welttourismusorganisation (UNWTO) über Konvention zum Schutz von Touristen und zu den Rechten und Pflichten der Fremdenverkehrsdienstleister.

Ratsarbeitsgruppe „Informationsaustausch und Datenschutz“ (23. März 2017)

Datenschutz in den europäischen Institutionen.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (23. März 2017)

Rahmen für sichere Verbriefungen; Aufsicht über Kreditinstitute und Wertpapierfirmen.

Rat Justiz und Inneres (27./28. März 2017)

Vorgehen im Anschluss an das EU-Internetforum (Dezember 2016): Treffen mit großen Internet-Unternehmen in den Vereinigten Staaten (Informationen des Vorsitzes und der Kommission; Datenspeicherung (Informationen des Vorsitzes); Bereitstellung digitaler Inhalte (Sachstandsbericht); Strafjustiz im Cyberspace: Verbesserung der Zusammenarbeit (Orientierungsaussprache); Schlussfolgerungen zum Aktionsplan für ein wirksameres europäisches Vorgehen gegen Reisedokumentenbetrug.

Ad-hoc-Gruppe „Stärkung der Bankenunion“ (28. März 2017)

Einlagensicherung.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (30./31. März 2017)

Reform der Bankenregulierung.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie / Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (20. März 2017)

Online-Plattformen im digitalen Binnenmarkt.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (20./21. März 2017)

Grenzüberschreitende Paketzustelldienste; Längere Lebensdauer für Produkte: Vorteile für Verbraucher und Unternehmen; Vorschriften für die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen; Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen; Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden; Finanztechnologie: Einfluss der Technologie auf die Zukunft des Finanzsektors; Internetanbindung für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenhalt: Europäische Gigabit-Gesellschaft und 5G; Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts; Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft; Franchisingpraxis im Einzelhandel; Verträge über Online-Warenhandel und andere Formen des Fernabsatzes von Waren; Europäischer Kodex für elektronische Kommunikation (Neufassung); Europäische Normen.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (20./21. März 2017)

Anhörung zum Thema „Nachhaltiger Pflanzenschutz"; Europäische Nachhaltigkeitspolitik; Ökologische/biologische Produktion und Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen (Erläuterung des aktuellen Stands der laufenden Trilogverhandlungen durch den Berichterstatter); Initiative für Ressourceneffizienz: Verringerung der Verschwendung von Lebensmitteln, Verbesserung der Lebensmittelsicherheit; Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030.

Ausschuss für konstitutionelle Fragen (20./21. März 2017

Europäisches Einlagensicherungssystem.

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (20./21. März 2017)

Aussprache mit Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen über den Ökodesign-Arbeitsplan 2016–2019; Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika (Annahme); Übereinkommen von Minamata über Quecksilber; Einwand gegen Zulassung genetisch veränderter Maissorten; Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030; Vorstellung des Sonderberichts mit dem Titel „Bekämpfung der Lebens-

mittelverschwendung: eine Chance für die EU, die Ressourceneffizienz der Lebensmittelversorgungskette zu verbessern“ durch den Europäischen Rechnungshof.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz / Rechtsausschuss (22. März 2017)

Verträge über die Bereitstellung digitaler Inhalte

Rechtsausschuss (22./23. März 2017)

Verträge über Online-Warenhandel und andere Formen des Fernabsatzes von Waren; Online-Plattformen im digitalen Binnenmarkt; Vorschriften für die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen; Anhörung: Urheberrecht: die neuen verbindlichen Ausnahmeregelungen; Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt; Grenzüberschreitende Portabilität von Online-Inhaltediensten im Binnenmarkt; Zugang von Sehbehinderten zu urheberrechtlich geschützten Werken; Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts; Verjährungsfristen für Verkehrsunfälle.

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (22./23. März 2017)

Einbeziehung der Emissionen und des Abbaus von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) in den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030; Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt; Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021-2030 zwecks Schaffung einer krisenfesten Energieunion; Europäische Normen; Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft; Europäischer Kodex für elektronische Kommunikation; Internetanbindung für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenhalt: Europäische Gigabit-Gesellschaft und 5G; Reise einer Delegation des Ausschusses zur 11. Sitzung des Internet Governance Forum (IGF) in Mexiko (6. bis 8. Dezember 2016), Nachbesprechung; Öffentliche Anhörung zum Thema „Saubere Energie für alle Europäer“; Governance-System der Energieunion; Energieeffizienz; Förderung von Internetverbindungen in ländlichen Gebieten

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (22./23.März 2017).

Auflegung eines Unionsprogramms zur Unterstützung spezieller Tätigkeiten zur Erhöhung der Beteiligung von Verbrauchern und anderen Endnutzern von Finanzdienstleistungen an der Gestaltung der Unionspolitik im Bereich Finanzdienstleistungen für den Zeitraum 2017-2020 (Abstimmung über den im Verlauf der interinstitutionellen Verhandlungen vereinbarten Text).

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (22./23. März 2017)

Anhörung zu „Eine europäische Strategie für emissionsarme Mobilität"; Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen; Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021-2030 zwecks Schaffung einer krisenfesten Energieunion; Bericht der Kommission über die Anwendung der Verordnung über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr; Aussprache mit den Koordinatoren der transeuropäischen Netze Pat Cox, Carlo Secchi und Kurt Bodewig zum Thema „Stärkung intelligenter Verkehrssysteme und innovativer Finanzierungsmodelle; die Umstellung auf eine Wirtschaft mit geringen CO2-Emissionen bewältigen."

Ausschuss für Kultur und Bildung (22./23. März 2017)

Mehrwertsteuersätze für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften; Europäische Nachhaltigkeitspolitik; Europäischer Kodex für elektronische Kommunikation (Neufassung).

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (22./23. März 2017)

Modernisierung des Übereinkommens Nr. 108 des Europarats (Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten) – Erläuterung durch Vertreter des Europarats; Angemessenheit des vom EU-US-Datenschutzschild gebotenen Schutzes; Bericht über die Umsetzung des Abkommens zwischen der EU und den Vereinigten Staaten von Amerika über Fluggastdatensätze (PNR).

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (22. März 2017)

Aktionsplan für Finanzdienstleistungen für Verbraucher; Vorschlag für Richtlinie zur Stärkung der nationalen Wettbewerbsbehörden, um das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten.

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (29. März 2017)

Erläuternde Mitteilung zum Zugang zur Justiz in Umweltangelegenheiten.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenum (29./30. März 2017)

Reform der Bankenregulierung; EU-Rechtsrahmen für Finanzdienstleistungen (Mitteilung); Diversifizierungsstrategien für den Wasser- und Meerestourismus (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des Ratsvorsitzes); Spirituosen.

verbraucherzentrale
Bundesverband

Ausschuss der Regionen

Plenum (22./23. März 2017)

Ausführungen von Vytenis Andriukaitis, Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit; Auf dem Weg zu einer nachhaltigen EU-Lebensmittelpolitik; Regionale Gesundheitssysteme: Leistungsfähigkeit, Integration und Zusammenarbeit; Ausführungen von Miguel Arias Cañete, Kommissar für Klimapolitik und Energie (vorbehaltlich Bestätigung); System für die Überwachung von Treibhausgasemissionen sowie für die Berichterstattung über diese Emissionen und über andere klimaschutzrelevante Informationen.

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-146/16 (30. März 2017)

Zeitungswerbung für über Verkaufsplattform angebotene Waren ohne Angabe der Verkäufer.

Schlussanträge in der Rechtssache C-111/16 (30. März 2017)

Verbot des Anbaus von genetisch verändertem Mais in Italien.

Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-230/16 (30. März 2017)

Verbot des Verkaufs von Luxuskosmetik im Internet unter Einschaltung von Plattformen wie Amazon oder Ebay.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von
Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)